

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus dem Landtag vom 13. Dezember 2012

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/el3>

Senat vergrößert, neue SenatorInnen gewählt

Nach dem Rücktritt von Renate Jürgens-Pieper, der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit, hatte die Koalition aus SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN beschlossen, den Senat von sieben auf acht Mitglieder zu vergrößern und den Bereich Gesundheit in einem eigenen Senatsressort zu verwalten. Mit der heute beschlossenen Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats war der Weg frei, die neuen Mitglieder des Senats zu wählen.

Mit allen Stimmen der Koalitionsfraktionen wurde Frau Prof. Dr. Eva Quante-Brandt zur Senatorin für Bildung und Wissenschaft gewählt, Herr Dr. Hermann Schulte-Sasse wurde Senator für Gesundheit.

In einem weiteren Wahlgang, wiederum mit sämtlichen Koalitionsstimmen, wurde die vormalige SPD-Abgeordnete Ulrike Hiller, die vom neu konstituierten Senat als Staatsrätin für Bundesangelegenheiten, Europa und Integration ernannt wurde, als „weiteres Mitglied des Senats“ bestimmt. Als Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa kann sie den Senat im Bundesrat mit Stimmrecht vertreten und ist für den Bereich Entwicklungszusammenarbeit zuständig.

Menschenwürde lässt sich nicht dosiert zuteilen

Um Neueinwandernden die Eingliederung in Deutschland zu erleichtern, wurden im Jahr 2005 sogenannte Integrationskurse eingerichtet. Diese sind für MigrantInnen zugänglich, nicht jedoch für Asylsuchende und Geduldete. Zu ihrer aufenthaltsrechtlich unsicheren Lebenssituation kommt hinzu, dass ihnen der Zugang zu den Integrationskursen verwehrt wird. Damit wird es ihnen nicht nur schwer gemacht, sich in unserem Land zurechtzufinden, sondern auch die deutsche Sprache zu lernen. Nach einem Jahr Aufenthalt dürfen sie eine Arbeitsstelle annehmen – ohne ausreichende Deutschkenntnisse ein schwieriges Unterfangen. Ein heute beschlossener Antrag fordert den Senat auf, auf Bundesebene auf eine Änderung hinzuwirken.



In Deutschland leben einige Hunderttausend Asylsuchende bzw. Geduldete. Im Land Bremen dürfte es sich um mehrere Tausend EinwohnerInnen handeln – alles in allem eine Bevölkerungsgruppe, deren Chancen für ein menschenwürdiges Leben durch die Teilnahme an den Integrationskursen des Bundes erheblich erweitert werden. Wenn der Zweck von Integration das Ermöglichen eines menschenwürdigen Hierseins ist, dann muss dies prinzipiell ermöglicht werden, selbst dann, wenn der Aufenthalt absehbar relativ kurz sein wird. Ein gewisses Integrationsangebot muss von Anfang an gelten, so die integrations- und migrationspolitische Sprecherin Zahra Mohammadzadeh, die diesen Antrag initiierte.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de